



Pressemitteilung Nr. 16-175
vom 21.05.10

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPD-Landtag-Nds.de

Jade-Weser-Port: Land nicht mehr Herr des Verfahrens – Bahnausbau ohne Elektrifizierung

Das ehrgeizige und zukunftssträchtige Projekt „Jade-Weser-Port“ droht wegen ignoranter Einstellung des Bundes und leichtfertiger Untätigkeit der Landesregierung schweren Schaden zu nehmen. „Die Unterrichtungen am heutigen Freitag haben bei den Parlamentariern Bestürzung und Entsetzen ausgelöst“, berichtete der hafenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Olaf Lies, nach der Sitzung des Wirtschaftsausschusses in Hannover. „Wirtschaftsminister Bode hat versucht, umfangreich zu informieren. Er hat sich redlich bemüht, doch Mühe allein hat nicht genügt. Es ist vielmehr klar geworden, dass das Land im Ringen um die Inbetriebnahme des Hafens nicht mehr Herr des Verfahrens ist“, berichtete Lies. „Aus diesem Grund haben SPD und Grüne gemeinsam die Vorlage von Akten der Landesregierung verlangt, die im Zusammenhang mit Bau und Inbetriebnahme des Jade-Weser-Ports sowie dessen Hinterlandanbindung stehen“, so der SPD-Wirtschaftsexperte.

Als „höchst dramatisch“ bezeichnete Lies die Entwicklung um den Ausbau der Bahnlinie Wilhelmshaven-Oldenburg, der Grundvoraussetzung für einen wirtschaftlichen Betrieb des Jade-Weser-Ports ist. „Nach Angaben der Bahn wird es vermutlich erst 2012 eine Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund geben. Das heißt, die Bahnlinie wird frühestens im Laufe des Jahres 2014 zweigleisig ausgebaut sein. Eine Elektrifizierung und Lärmschutzmaßnahmen sind in diesem Zeitplan allerdings nicht mehr enthalten. Ob und wann diese zwingend erforderlichen Maßnahmen kommen, steht in den Sternen“, sagte

Lies. Zudem wurde angekündigt, dass für die auf eineinhalb Jahre angelegte Baumaßnahme die Strecke insgesamt 180 Tage lang gesperrt werden müsse. „Das macht Terminfrachten von und zum Jade-Weser-Port unmöglich und untergräbt nachhaltig dessen Wirtschaftlichkeit gerade in der entscheidenden Startphase“, so Lies.

Auf großes Unverständnis stieß, dass der eingeladene Vertreter des Bundesverkehrsministeriums den Termin am Freitag abgesagt hatte. „Der Bund, der noch 2009 eine Finanzierungszusage für den Streckenausbau gegeben hatte, zieht sich jetzt aus der Verantwortung zurück. Alle Beteuerungen des aus Bayern stammenden Verkehrsministers Ramsauer, er werde den Norden nicht benachteiligen, sind entwertet“, sagte Lies. Wie sehr Ramsauer der einzige deutsche Tiefwasserhafen am Herz liege, zeige sich allein daran, dass er auf diverse Schreiben Bodes und auch des Ministerpräsidenten Wulff nicht einmal reagiert habe. „Was ist geringer, das Interesse Ramsauers am Norden oder die Durchsetzungsfähigkeit Wulffs in Berlin? Ich glaube, das nimmt sich nichts“, analysierte Lies.